

MELDUNGEN DES TAGES

Dolmetscher bei Mandela-Feier psychisch krank



Gebärdensprachdolmetscher Thamsanqa Jantjie (re.) übersetzte Barack Obamas Rede mit „sinnlosem Quatsch“, kritisieren Gehörlose. Foto: dpa

Johannesburg. Egal was US-Präsident Barack Obama auf der Trauerfeier für Nelson Mandela sagte – der Gebärdensprachdolmetscher nutzte immer dieselben vier oder fünf Zeichen.

Sinnlosen Quatsch habe er übersetzt, kritisieren Gehörlose. Sie fühlen sich um ihren Abschied vom Nationalhelden Mandela betrogen. Jetzt verrät der Dolmetscher: Stimmen in seinem Kopf hätten ihn abgelenkt. Er sei psychisch krank und habe halluziniert, sagte Thamsanqa Jantjie. Er leide unter Schizophrenie. Die Vize-Ministerin für Behinderte, Hendrietta Bogopane-Zulu, räumte ein, Jantjie sei kein ausgebildeter Gebärdensprachdolmetscher. Er könne sich aber in der Sprache verständigen und habe auch schon bei Gerichtsprozessen übersetzt. dpa

Pussy-Riot-Musikerinnen können hoffen

Moskau. Hoffnung für die inhaftierten Mitglieder von Pussy Riot: Russlands Oberster Gerichtshof hat die Überprüfung der Hafturteile gegen die Musikerinnen angeordnet. Vor allem an den Motiven der Frauen gebe es Zweifel, hieß es. Laut Urteil wurde „kein Beweis“ erbracht, dass die beiden von „Hass auf eine bestimmte soziale Gruppe“ getrieben waren. Nadeschda Tolokonnikowa und Maria Alechina sitzen eine zweijährige Haftstrafe ab. Ihnen war vorgeworfen worden, aus „Hass“ ein Punktegebet in einer Kathedrale gegen Präsident Wladimir Putin aufgeführt zu haben. dpa

Onkel von Diktator Kim in Nordkorea hingerichtet

Seoul. Der entmachtete Onkel des nordkoreanischen Machthabers Kim Jong Un ist nach offiziellen Angaben hingerichtet worden. Jang Song Thaek sei gestern kurz nach einem Militärprozess als „Verräter“ hingerichtet worden, meldete die staatliche Nachrichtenagentur KCNA. Jang galt nach dem Tod von Kims Vater Kim Jong Il Ende 2011 als starker Mann und „Graue Eminenz“ im kommunistischen Staatsapparat. Laut KCNA waren Jang Drogenkonsum, Güstlingswirtschaft und Verschwendung vorgeworfen worden. Er war am Montag aus allen Ämtern entlassen worden. AFP

ZITAT DES TAGES

„Ich bin sicher, dass sie das nicht machen können, sonst würde es eine Revolution geben.“

Silvio Berlusconi, Italiens Ex-Regierungschef, hat nach seiner Verurteilung wegen Steuerbetrugs davor gewarnt, ihn ins Gefängnis zu stecken.



EU-Ausländer: Urteil zu Hartz IV ausgesetzt

Kassel. Das Bundessozialgericht bittet in der Frage vom Hartz-IV-Anspruch von EU-Ausländern dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) um eine Vorabentscheidung. Der EuGH solle zunächst zur Anwendung des Gleichstellungsgrundsatzes bei Sozialleistungen und einer möglichen Einschränkung durch nationales Recht Stellung nehmen, sagte der Vorsitzende Richter Thomas Voelzke. Im konkreten Fall geht es um eine in Bosnien geborene Schwedin und ihre Kinder. Sie hatte vom Jobcenter Berlin-Neukölln zunächst Hartz-IV-Leistungen bekommen, die Bewilligung hob das Jobcenter aber später auf. dpa

Anhörung Snowdens im EU-Parlament geplätzt

Straßburg. Eine in der kommenden Woche im Europaparlament geplante Anhörung des früheren US-Geheimdienstmitarbeiters Edward Snowden per Videobotschaft ist vorläufig geplätzt. Zwar billigten die Chefs der meisten Fraktionen gestern grundsätzlich den Plan, Snowden im Rahmen der im Justizausschuss laufenden Untersuchungen über das Ausspähprogramm Prism des US-Geheimdienstes NSA zu befragen. Sie konnten sich aber nicht auf die Form einigen. Es gab Kritik, dass die Abgeordneten keine Möglichkeit hätten, dem im russischen Exil lebenden Snowden Nachfragen zu stellen. AFP

Toter bei Anschlag auf ägyptische Polizeikaserne

Kairo. Bei einem Autobombenanschlag vor einer Polizeikaserne in der ägyptischen Stadt Ismailia sind gestern ein Polizeirekrut getötet und 23 weitere Menschen verletzt worden. Viele der Verwundeten seien in kritischem Zustand, berichtete das staatliche ägyptische Fernsehen am Abend. Unter den Verletzten waren demnach 18 Polizeiangehörige und fünf Zivilisten. dpa

Mollath soll erneut begutachtet werden

Regensburg. Gustl Mollath soll erneut psychiatrisch begutachtet werden. Wegen des Wiederaufnahmeverfahrens am Landgericht Regensburg soll ein Psychiater die Schuldfähigkeit des 57 Jahre alten Nürnbergers überprüfen. Mollath saß seit 2006 in der Psychiatrie, weil er seine Frau misshandelt und Autoreifen zerstochen haben soll. Im Sommer kam er frei. Er selbst sieht sich als Opfer eines Komplotts seiner Ex-Frau und der Justiz. dpa



Gustl Mollath saß jahrelang in der Psychiatrie. Foto: dpa

Moskau will in Nachbarstaaten die Regeln bestimmen

MACHTPOKER Russland versucht, seinen Einfluss auszubauen. Kremlchef Wladimir Putin sieht sich mit den USA wieder auf Augenhöhe.

Von Peter Lausmann

Moskau. Es sind die verbalen Spielchen, die Russlands Präsidenten Wladimir Putin besonderen Spaß machen: „Wir wollen keine Supermacht sein, die andere belehrt“, erklärte er gestern in seiner Rede an die Nation. Eine unverhohlene Anspielung auf die USA und zugleich Koketterie mit der eigenen Rolle. Denn der Fall Ukraine zeigt sehr wohl, dass Moskau auf die Länder in seinem Umfeld Druck ausübt. „Dass niemand zu etwas gezwungen werde“ – ein reines Lippenbekenntnis à la Putin.

Die Repressionen nehmen seit Putins Wiederwahl im Jahr 2012 zu

War im Kreml vor wenigen Jahren zumindest noch von „geleiteter Demokratie“ die Rede, so zeigt die dritte, seit Mai 2012 laufende Amtszeit Putins deutlich, dass sich Russland wieder von den Demokratie-Vorstellungen des Westens entfernt. Ohne es zu verschleiern, baut sich der 61-Jährige aus Fernsehsendern und Nachrichtenagenturen per Erlass einen Propaganda-Apparat. Seit Monaten geht er gegen Nichtregierungsorganisationen vor, geißelt sie als bezahlte Agenten des Westens. Rechte von Homosexuellen werden drastisch beschnitten.

Außenpolitisch wähnt sich Putin zudem wieder im Status einer Weltmacht: In der Syrien-Krise hat er Barack Obama ausmanövriert, mit dem Asyl für Edward

Snowden Washington vorgeführt, in der EU-Annäherung der Ukraine beinahe das letzte Wort gehabt (siehe Kasten).

„Der postsowjetische Raum, zu dem auch die Ukraine gehört, hat für Russland eine besondere Bedeutung“, erklärt Margarete Klein, Russland-Expertin der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. „Dort beansprucht Russland für sich, die Spielregeln festzulegen.“ Seit Putin wieder Präsident sei, versuche Moskau, diese Länder wieder verstärkt an Russland anzubinden: wirtschaftlich durch eine Zollunion, politisch durch die Eurasische Union oder militärisch durch die Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit. „Das Land sieht sich als Großmacht. Und in der russischen Vorstellung haben Großmächte immer einen Bereich um sich, den sie beeinflussen können“, erklärt Klein die Konstellation.

Noch einen Schritt weiter geht der ehemalige US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski: „Mit der Ukraine wird Russland wieder Imperium, ohne die Ukraine ist es ein unvollendeter Nationalstaat.“ Rund 25 von 45 Millionen Menschen in der Ukraine sind russischstämmig.

4500 Atomwaffen sollen den Einfluss in jedem Fall sichern

Der Kreml hat Einfluss, weil er durch seinen Rohstoff-Reichtum am Gashahn sitzt und über ausreichend Devisen verfügt. Das laut Sipri-Institut 4500 strategische Kernwaffen starke – und damit weltgrößte – Nuklearwaffen-Arsenal spielt zwar in der Tagespolitik kaum noch eine Rolle. Doch hält Moskau weiter daran fest, erklärt der Analytiker Dmitri Trenin von



Wladimir Putin ist in seiner dritten Amtszeit als Präsident. Foto: dpa



Russlands Führung zeigt militärische Stärke über dem Kreml. Fotos: dpa

KRITIK VON AUSSEN

STRATEGIE Nach deren Osterweiterung fällt es Putin innenpolitisch leicht, Nato und EU als Bedrohung darzustellen und die Bevölkerung so mehrheitlich hinter sich zu bringen. Kritik am extremen sozialen Gefälle in Russland sowie dem Umgang mit Menschenrechten ist deshalb auch bei vielen Russen nicht gern gesehen. Das Putin-Regime nutzt dies konsequent aus.

UKRAINE Der ukrainische Staatsschef Viktor Janukowitsch will das Assoziierungsabkommen mit der EU nach Angaben der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton nun doch unterzeichnen. Janukowitsch „hat mir deutlich gemacht, dass er beabsichtigt, das Assoziierungsabkommen zu unterschreiben“, sagte Ashton gestern nach ihrer Rückkehr aus der Ukraine.

Der Streit um gespeicherte Daten

EUROPÄISCHER GERICHTSHOF Gutachter hält Vorgehen für rechtswidrig.

Von Marion Trimborn und Christiane Jacke

Luxemburg. Die Vorratsdatenspeicherung sorgt seit Jahren für erbitterten Streit in Deutschland und der EU. Ist es zulässig, dass Telekommunikationsfirmen flächendeckend speichern, wann wer mit wem wie lange telefoniert oder SMS und E-Mails schreibt? Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg hat dazu nun ein Gutachten vorgelegt, dass die Speicherung für rechtswidrig hält.

Was schreibt die zugrundeliegende EU-Richtlinie genau vor?

Seit 2006 müssen die EU-Staaten dafür sorgen, dass Telekommunikationsfirmen ohne Anfangsverdacht oder konkrete Gefahr Verbindungsdaten von Privatleuten bei Telefonaten und E-Mails sammeln: Name und Anschrift des Teilnehmers, Rufnummer, Uhrzeit und Datum einer Telefonverbindung, bei Handys auch der Standort zu Gesprächsbeginn. Verbindungsdaten zu SMS, Internet-Nutzung

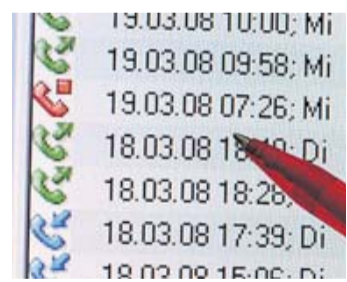
und E-Mails ebenso. Der Inhalt von Gesprächen dagegen wird nicht erfasst. Die Speicherdauer: mindestens sechs Monate und höchstens zwei Jahre.

Was soll die Speicherung riesiger Datenmengen auf Vorrat bringen?

Sie soll helfen, schwere Straftaten zu verhüten und Kriminelle besser zu verfolgen – so argumentieren die Befürworter. Bei Internet-Kriminalität wie Datenklau kämen Ermittler mit klassischen Ermittlungsinstrumenten oft nicht weit. Fahnder nutzen die Daten auch, um islamistische Terroristen zu suchen und Anschläge zu verhindern.

Was spricht dagegen?

Dass Datenspeicherung auf Vorrat individuelle Personenprofile bis hin zum gläsernen Bürger möglich macht. Der Gutachter am EU-Gerichtshof verweist auf das Risiko, „dass die Daten zu rechtswidrigen, potenziell die Privatsphäre verletzenden oder zu betrügerischen oder gar heimtückischen Zwecken verwendet würden“. Zudem sitzt



In Deutschland dürfen keine Daten gespeichert werden. Foto: dpa

die EU-Kommission seit längerem an einer Überarbeitung der EU-Richtlinie – das wollen viele zunächst abwarten.

Wird in Deutschland derzeit auch auf Vorrat gespeichert?

Nein. Zwar trat 2008 ein Gesetz in Kraft, das eine sechsmonatige Speicherung der Verbindungsdaten vorsah. 2010 erklärte das Bundesverfassungsgericht es aber für verfassungswidrig. Bis dahin gesammelte Daten mussten gelöscht werden. Die Union konnte sich mit dem damaligen Koalitionspartner FDP nicht auf eine Neufassung einigen. Die FDP leistete Widerstand.

KOMMENTAR

Von Olaf Steinacker



Alles nur eine Frage der Zeit

Wie nützlich das Instrument Vorratsdatenspeicherung ist, hängt stark davon ab, wen man um eine Einschätzung bittet. Die Law-and-Order-Fraktion verweist stets auf Erfolge im Kampf gegen Terror und Kriminelle, bleibt aber Zahlen zum Beleg schuldig. Eindeutige Hinweise, dass die massenhafte Speicherung von Telekommunikationsdaten unbescholtener Menschen Anschläge verhindern würden oder hätten, gibt es nicht.

Genau dieser Punkt wird in dem Gutachten des EuGH aber gar nicht kritisiert, sondern nur die Dauer der Speicherung: Zwei Jahre bitte nicht, sechs bis zwölf Monate gehen aber in Ordnung. Wahrscheinlich ist also, dass die Vorratsdatenspeicherung trotz ihres höchst fraglichen Nutzens kommen, und die überarbeitete EU-Richtlinie auch in Deutschland umgesetzt werden wird. Die Großkoalitionäre in spe haben zumindest keine Bedenken.

olaf.steinacker@wz-plus.de